

Tagesfragen.

Von einer Gefahr für die republikanische Staatsform redet heute kein verständiger Politiker mehr. Wer es noch täte, würde sich lächerlich machen, nachdem sogar die Deutschnationalen die Rechtsgültigkeit dieser Staatsform anerkannt und einem Vorgehen gegen alle Vereinigungen und alle Abteilungen, die ihren Umsturz begehnen, zugestimmt haben. Aber die Gegner der jetzigen Reichsregierung sagen, es sei schon richtig, daß der republikanischen Staatsform keine Gefahr mehr drohe, doch ist es wesentlich, daß sie mit dem richtigen Inhalt erfüllt werde. Das ist auch unsere Meinung. Auf den Inhalt, auf den Geist kommt es an. Aber auf welchen Geist? Dr. Wirth fordert die soziale Republik. Er sieht die Verwirklichung weiter Volkswille. Er will ihre Hindernisse zum sozialistischen Sozialismus verhindern und sie mit Freude am Staat erfüllen. Nichts ist gegen dieses Ziel der Aktion Wirths einzuwenden. Aber er glaubt, es nur Schulter an Schulter mit Demokraten und Sozialdemokraten erreichen zu können. Wollen denn auch die Sozialdemokraten die soziale Republik? Wer ihre Rundgebungen in den Jahren seit der Revolution gelesen hat, weiß, daß sie etwas ganz anderes fordern: nämlich die sozialistische Republik. Sie wollen die republikanische Staatsform mit sozialistischem Geist erfüllen. Und das ist nach unserem Dafürhalten die wundeste Stelle der Republikanischen Union. Das Zentrum als christliche Sozialpartei hat das Ziel, der Republik christlich-soziale Gestalt zu geben, und diesem Ziel hat es auch jetzt wieder in seinem Manifest Rechnung getragen. Auch die aus dem Manifest hervorgegangenen Richtlinien und das Regierungsprogramm entsprechen diesem Streben. Christlich-sozial ist etwas ganz anderes als sozialistisch. Das sind Gegensätze, die sich nicht überbrücken lassen. Wähten sonst die christlichen Gewerkschaften eine Existenzberechtigung? Was folgt aus alledem? Es mag sühn lingen, aber es ist tatsächlich so, daß das, was Dr. Wirth will, sich nicht mit einer Volksmehrheit, in der die Sozialdemokraten tonangebend sind, erreichen läßt. Die soziale Republik läßt sich nur durch Zusammenarbeit von Parteien verwirklichen, die auf christlichen Boden stehen. Daß bei den Parteien, die hier in Frage kommen, auch noch Nebenbetrachtungen sich geltend machen, ist natürlich nicht zu bestreiten. Aber darin besteht ja gerade die Aufgabe des Zentrums, zu verhindern, daß diese Nebenbetrachtungen zum Hauptstrom werden. Und wer die Gesichtsseite der Zentrumspartei auch nur einigermaßen kennt, der weiß, daß ihr diese Aufgabe liegt. Das Vertrauen aber, das ihr Reichsausschuß am Sonntag der Zentrumsfraktion ausgesprochen hat, enthält die unversöhnliche Erwartung, daß sie sich dieser Aufgabe gewachsen zeigen wird. Lag es ihr bei der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ob, darauf zu achten, daß das Sozialistische nicht Überwasm besam, so hat sie jetzt ihr Augenmerk darauf zu richten, daß nicht reaktionäre Tendenzen zu wuchern beginnen. In der Koalition mit der Sozialdemokratie ist ihr die eine Aufgabe gelungen, die andere wird ihr, das ist unsere Überzeugung, in der Koalition mit der Rechten genau so gelingen, sofern diese das nützliche Gesichtsfeld nicht wieder zerstückeln will.

Immerhin ist die Koalition im Reiche ein Experiment, das noch nicht erprobt ist. Umsoweniger besteht deshalb für das Centrum Veranlassung, es auch dort zu machen, wo es nicht unbedingt notwendig ist. Das gilt in erster Linie für Preußen, nach dessen innerer Verwaltung die Deutschnationalen die größte Eignung haben. Man erinnert sich, daß sie in vor Jahr und Tag mit ihnen geführten Verhandlungen über eine etwaige Beteiligung an der Reichsregierung die gleichzeitige Umbildung der preussischen Regierung als Bedingung stellten. Es war selbstverständlich, daß diese Forderung damals vom Centrum rundweg abgelehnt wurde. Entsteht sie doch auch eine verfassungsrechtliche Unmöglichkeit. Die Deutschnationalen waren denn auch so schlau, bei den jetzigen Verhandlungen nicht mit einem ähnlichen Ansuchen herauszukommen. Aber das Verlangen nach Teilnahme an der Macht in Preußen hat Graf Westarp in seiner unglücklichen Reichstagsrede dann doch nicht unterdrücken können. Die Antwort darauf gab ihm der Sprecher des Centrums von Gumbard. Das Centrum hat als Partei der Mitte größtes Interesse daran, auch zur Linken Führung zu behalten. Wird diese Führung im Reich durch die Art der Opposition, wie sie Demokraten und Sozialdemokraten treiben, erschwert, so ist es doppelt wertvoll, wenn sie in den Ländern weiter besteht. Und darum setzen wir nicht den geringsten Anlaß in Preußen, wo die Weimarer Koalition gut arbeitet, eine Aenderung der Situation eintreten zu lassen.

In Kassel ist die Gründung einer Evangelischen Volkspartei angekündigt worden. Sie soll ein Pendant zum Zentrum werden. Der Ruf nach diesem „evangelischen Zentrum“ ist nicht neu. In der ausgezeichneten von Dr. Friedrich Himmelfarb und Dr. Eduard Hemmerle herausgegebenen Monatsschrift „Der Zusammenschluß“ wird

schon seit längerer Zeit über dieses Thema geschrieben. Im Juli-Heft der vom volksparteiische Politiker Dr. von Campe darauf zu sprechen. Er sieht in einem „evangelischen Zentrum“ eine Verschärfung der den nationalen Zusammenhalt störenden Gegensätze. In einem späteren Heft der Monatschrift stellt Dr. Bornemann ausführliche Untersuchungen über diese Frage an, um zum entgegengesetzten Urteil zu kommen. In Anknüpfung an die „Evangelische Volksgemeinschaft“, über die das „Evangelische Deutschland“ vom 8. August 1926 berichtet, erörtert Bornemann die verschiedenen Möglichkeiten einer „evangelischen Zentrumsparlei“ als selbständiger Gründung oder in mehr oder minder fester Verbindung mit der Zentrumsparlei der deutschen Katholiken. Zu den folgenden Heften haben sich dann andere mit der gleichen Frage, teils unter besonderen Gesichtspunkten, befaßt. Zustimmung äußerte sich Dr. Karl Buchheim in dem Artikel „Die konservativen Grundsätze und der neue Staat“, sowie Gertrud Sinnbelschlothe in dem Artikel „Die Frauen in der Partei“. Weniger zustimmend, wenn auch nicht ablehnend, verhält sich Professor Dr. v. Martin in dem Artikel „Evangelische im Zentrum“. Wie die Ueberschrift schon andeutet, lehnt er den Gedanken einer neuen parteipolitischen Gründung auf evangelischer Seite nicht schlechthin ab, auch nicht den Anschluß der Evangelischen an die bestehende Zentrumsparlei. Er äußert vielmehr dem letzteren Gedanken gegenüber gewisse Bedenken und kommt zu dem Schluß, daß die bestehende Zentrumsparlei noch erst die Bedingungen für einen solchen Anschluß zu schaffen hätte. Er denkt dabei vor allem an jene Rede des inzwischen verstorbenen Abgeordneten Wildermann im Preussischen Landtag, die ihn

selbst zum Austritt aus der Zentrumsparthei, in dessen Vorstand er als Evangelischer saß, veranlaßt hat. Es war die Rede, in der Wildermann von Katholizismus, Protestantismus und Sozialdemokratie sprach und in der er vom katholisch-dogmatischen Standpunkt aus eine Genußgemeinschaft mit letzteren beiden aus-
geschlossen bezeichnete, indem er nicht genau zwischen Ergreulbe und Unglaube unterschied. Wil-
dermann selbst hat dies später in einer Erklärung vor dem Landtag richtig gestellt. Hierauf geht nun Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in einer Entgegnung auf den Aufsatz Prof. v. Martins wiederum in der genannten Zeitschrift nochmals ausführlich ein. Er weist weiter darauf hin, daß v. Mar-
tin, als er noch im Vorstand der Zentrumsparthei saß, es selbst als nicht empfehlenswert gekennzeichnet habe, daß das Centrum auf die Auffstellung evangelischer
Kandidaten bestche, wenn es dabei Gefahr laufe, zwar keine evangelischen Wähler in größerer
Zahl zu gewinnen, aber dafür katholische zu verlieren, daß aber gleichwohl auf jeder Reichs-
liste der Zentrumsparthei an sicherer Stelle ein evangelischer Kandidat benannt worden ist. (Als
solcher ist in den jetzigen Reichstag der Abgeordnete Adam Roeder gewählt worden). Weil sich aber die
angeordneten praktischen Schwierigkeiten der Auf-
stellung einer größeren Anzahl evangelischer Kandi-
daten bisher als unüberwindlich erwiesen haben, be-
drückt Dr. Brauns den Vorschlag Bornemanns, züder-
erst die politische Sammlung evangelischer Wähler,
die auf dem Boden der geltenden republikanischen
Staatsform stehen, daneben aber Staat und Gesellschaft
in Uebereinstimmung mit dem christlichen Sittenge-
setzen und ordnen wollen, die außerdem für Volk-
freiheit und sozialen Fortschritt und vor allem für die

religiös-sittlichen Kulturwerte eintreten, getrennt von der bestehenden Zentrumspartei, zu betreiben. Es verstand sich von selbst, daß es nicht Aufgabe dieser politischen Organisation sein könnte, die konfessionellen Differenzen zwischen Katholiken und Protestanten hervorzuheben und die Auseinandersehung darüber zu führen. Das müßten beide Teile anderen Instanzen überlassen. Die neue Gründung auf evangelischer Seite müßte sich ebenso wie die bestehende Zentrumspartei als politische Organisation betrachten und betätigen und müßte dementsprechend als ihr Ziel auf kulturpolitischem Gebiete u. a. die paritätische Behandlung beider Konfessionen hinstellen. Wenn sich beide Organisationen — die bestehende Zentrumspartei auf Seiten der Katholiken und die neue Gründung auf evangelischer Seite — fest auf diesen Boden stellten, würden sich leicht verbindende Fäden herstellen lassen. Auch könnte die Zusammenarbeit so gestaltet werden, daß eine gegenseitige Unterstützung bei den Wahlen auch dem vorläufig schwächeren Teile Mandate sichern würde. Eine politische Arbeitsgemeinschaft zwischen den so gewählten Vertretern des evangelischen Volksteiles und der Deutschen Zentrumspartei würde von selbst dazu führen, das Band immer enger und die gemeinsame politische Arbeit immer fruchtbarer zu gestalten. Dies sind die Gedanken Tr. Brauns, denen wir durchaus zustimmen. Es scheint nach der Rede des Helsen Alpers in Kassel, daß die Erörterungen im „Zusammenfluß“ praktische Folgen haben werden. So sehr man auch sonst gegen die Gründung neuer Parteien stärkste Bedenken zu äußern aller Anlaß hat, diese Gründung würde eine sehr schätzswerte Ergänzung des Zentrums sein und eine Stärkung der Mitte und der Stetigkeit der Reichspolitik bedeuten.

Deutschlands Finanz- und Wirtschaftslage.

Das Programm des neuen Reichs- finanzministers.

Von unserer Berliner Redaktion.

)(Berlin, 16. Februar

Am Mittwoch wurde im Reichstag mit der ersten Beratung des Reichsetats für 1927 begonnen. Auf Grund des parlamentarischen Systems hätten die Verhandlungen des Hauptausschusses normalerweise erst nach dieser Beratung stattfinden dürfen. Mit Rücksicht auf die Regierungserfrische jedoch, die ohnehin schon eine Verzögerung von drei Wochen brachte, haben sich die Fraktionen stillschweigend dahin geeinigt, daß die wenig umstrittenen Positionen des Etats schon vor der Bildung des neuen Kabinetts im Hauptausschuß behandelt werden sollten. Man hat auf diese Weise ebenfalls etwas Zeit gewonnen und somit den Hoffungsschimmer aufleuchten lassen, daß der gesamte Etat 1927 vielleicht doch bis zum 1. April d. J. unter Dach und Fach gebracht sein wird.

Etats sind stets äußerst trostlose Dinge. Reichsfinanzminister Dr. Brüderl aber verstand es in seiner menschlichen Art, die mühtenern Zahlenreihen in bewegender Lebendigkeit vorzuführen. Bekanntlich ist das Gewicht über die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1927 noch von der alten Regierung eingebracht worden. Wenn nun auch das neue Kabinett dieselbe Etat vertritt, so nimmt es doch eine veränderte Stellung zu ihm ein. Der von seinem, offensichtlich unerfindlichen Optimismus bei all seinen Maßnahmen, besonders im Hinblick auf seine Steuerensanction, getragene Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hatte offenbar den Glauben, daß die deutsche Wirtschaft bereits über den vor ihr aufgeschlagenen Berg an Schwierigkeiten hinweg sei, und daß Rückschläge so gut wie ausgeschlossen seien. Im vergangenen Sommer haben wir mehr als einmal unsere warnende Stimme erhoben, als wir sahen, daß die Steuerpolitik Dr. Reinholds durch die Eigenart dieses „Finanzdiplomaten“, wie ihn ein sächsisches Blatt genannt hat, auf etwas schwanfendem Boden stand. Natürlich könnte man der deutschen Wirtschaft damals alle Erwartungen, die ihr zuteil wurden. Aber die Entlastungen konnten doch nur auf Kosten der von den Vorgängern Dr. Reinholds, den Reichsfinanzministern Dr. Luthner und Dr. Schlieffen, getriebenen Finanzpolitik vorgenommen werden. Ohne Luthner und Schlieffen, — das kann unumwunden zugegeben werden — wäre ein Reinhold nicht möglich gewesen. Die beiden genannten Herren hatten die Schätze gekostet, die Reinhold dann mit großzügiger Geste verstreute. Das Bild hat sich jetzt geändert. Die Massen sind ausgedöfft, einen Betriebsmittelsfonds besitzen wir überhaupt nicht mehr, das Gerüde der aufsteigenden Wirtschaft ist nur sehr beschränkt richtig.

Daß angesichts dieser Lage die Ausführungen des reichsfinanzministers Dr. Röcher allen Optimismus vermessen ließen, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Mit Recht mußte er darauf hinweisen, daß das Gleichgewicht des vorliegenden Etats nur scheinbar sei, da für manche zu erwartenden größeren Ausgaben diese Mittel vorgesehen sind. Mit aller Heftigkeit stellte der Reichsfinanzminister fest, daß die öffentlichen Lasten des Reiches für die Reparatur

nomen erst im Etatsjahr 1927 ihren Anfang nehmen und daß heute noch kein verantwortlicher Finanzminister voraussagen kann, ob das Reich die Lasten des Darlesegutachtens auch nur im nächsten Jahre zu tragen vermag.

Den Finanzansatz zwischen dem Reich dem

Den Grundgedanken, die Gemeinden dem Reich, den Ländern und den Gemeinden will Dr. Häbber vorerst noch nicht endgültig geklärt liegen. Er hat im vorstehenden die Ansicht, das bisherige Provisorium zunächst weiter bestehen zu lassen, aber auch hierbei mehr Wert auf das Praktische zu legen, als das Problem nur von der reinen verwaltungsrechtlichen Seite aus anzufassen. Allgemeine Sparmaßnahmen gedenkt der Minister auf dem Wege der Verwaltungsreform zu erzielen. Mit allem Eifer will er an der Eindämmung der Ausgaben arbeiten, ein solches Beginnen, bei welchem er hoffentlich die Unterstützung des Parlaments findet.

Die Darlegungen des Reichsfinanzministers haben auch insoweit einen festen Rückhalt, als am Dienstag das gesamte Reichskabinett die Stellungnahme Dr. Köhlers billigte. Soweit wir unterrichtet sind, vertritt auch das Kabinett die Auffassung, daß ein allzu großer Optimismus hinsichtlich der Finanzlage des Reiches und der deutschen Wirtschaft durchaus nicht am Platze ist. Dr. Köhler hat durch seine langjährige Tätigkeit als Finanzminister in Baden den Beweis erbracht, daß es ihm nicht um billige Populäritätskasserei zu tun ist, sondern daß ihm die Erfüllung der übernommenen Pflichten am Herzen liegt. In diesem Sinne können wir mit gutem Recht darauf vertrauen, daß die Verwaltung der Reichsfinanzen bei ihm in besten Händen ruht.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Februar.

Zu Beginn der heutigen Reichstagsſitzung erhält ſo-

Reichsfinanzminister Dr. Röbber

das Wort. Der Minister betont einleitend, daß der Haushaltsplan von seinem Vorgänger aufgestellt u. von der neuen Regierung unverändert übernommen worden ist. Das Haushaltsjahr 1926 schließt mit einem kleinen Überschuß ab.

Das Steuermildierungsgesetz

Es zweifelslos für die Wirtschaft eine besorgende Wirkung gehabt. Die herabgesetzte Umsatzsteuer hat bei um 120 Millionen hinter dem im letzten Jahr eingeleiteten Ertrag zurückgeblieben (siehe Seite 6). Das Argument, daß eine Herabsetzung der Steuerlast den Gesamtbeitrag der Steuern steigern würde, habe sich bei der Umsatzsteuer nicht bestätigt. Auch die als Wirkung der Herabsetzung erwartete Senkung des Preisniveaus ist nicht eingetreten. Der Minister geht dann auf den Haushaltsplan für 1927 über und weist darauf hin, daß die angenommene weitere Verbesserung unserer Wirtschaftslage in den Einkommensteuern bereits sehr stark berücksichtigt sei. Aufschub erhebt sich die gesteigerte Reparaturslast, ganz zu schweigen von der ungeheuren Belastung durch die Kriegsschuld. Der Minister erklärt, daß die Einkommenslage im ordentlichen Etat, das heißt im gewöhnlichen Staat, die Einkommenschätzungen von kaum 8 Milliarden betragen sind, während die Einnahmen aus dem außerordentlichen Etat, getragen von einer vollen bollen Zustimmung, aber größere im Etat vorgesehenen Ausgaben lauern im Hintergrund. So ist zum Beispiel für die unterliegenden

auch nichts vorgesehen, wohl in der Annahme, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz weitere Beiträge nicht notwendig mache. Kommt das Gesetz aber, was sehr wahrscheinlich ist, nicht rechtzeitig zum 1. April zustande, dann muß das Reich die unterstützende Erwerbslosenfürsorge weiter leisten, wofür monatlich etwa 40 Millionen Mark notwendig sind. Weiterhin steht

zur Erörterung, was eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter nach sich ziehen würde. Der Minister erklärt weiter, daß in der Frage der allgemeinen Erhöhung der Bezüge der Beamten und der Kriegseinschädigten die wiederholt gemachten Zusagen nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeit zu gegebener Zeit vollzogen werden müssen.

Die Verbesserung der Befolgungsordnung

sei eine dringende Staatsnotwendigkeit. Das System der einmaligen Beihilfen soll unbedingt verlassen werden. Es stehen aber noch keine Mittel zur Verfügung. Der Minister gebietet der Rostlager Kleinrentner. Das für uns so harte Jahr 1927, so erklärt der Minister, trifft eine Wirtschaftslage, die nicht ohne Sorge ist. Die Befolgung des Jahres 1926 hat sich bisher im wesentlichen noch behauptet. Man darf aber nicht übersehen, daß die Wirkungen, die vom englischen Vergarbeiterstreik ausgegangen sind, allmählich wieder normalen Verhältnissen Platz machen.

Die Zahl der Erwerbslosen ist noch immer gefährlich hoch.

Eine Wirtschaft mit 175000 Erwerbslosen ist von der Gesundheit noch recht weit entfernt. Die Gesamtlage erscheint noch immer recht schwierig, insbesondere für die Wirtschaft an der Peripherie des Reiches, die in weitem Umfange noch außerordentlich schwer zu fämpfen hat. Schließlich muß das ausländische Kapital auch verzinst und wieder einmal zu Rückgezahlt werden. Vor allem aber bedeuten die rasch wachsenden Reparationsleistungen einen Kräfteabzug, der nicht ohne Wirkung bleiben kann. Diese von Gefahren nicht freie Lage erfordert in erster Linie eine überaus pflegliche Behandlung der Wirtschaft, um zu vermeiden, keine fiskalische, sondern eine nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten geführte Finanz- und Steuerpolitik. Die Reichsregierung ist aufzufolge ihre Politik durchaus nach diesen Leitgedanken einzurichten. Sie weiß, daß die Wirtschaft, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfaßt, aufstehen muß, um Lasten tragen zu können. Der Minister

lehnt eine Thesaurierungspolitik ab.

Die Wirtschaft habe durch die jetzige Regierungspolitik durchaus keine Kraft verloren. Die Reformgesetzgebung des Jahres 1925 auf dem Gebiete der Steuern müsse durchgeführt werden. Eine neue Beunruhigung der Wirtschaft dürfe nicht erfolgen. Was einzig geschehen muß, so erklärt der Minister, ist eine

wesentliche Vereinfachung der Gesetzgebung und des
Verwaltungsverfahrens

Im Interesse unserer Volkswirtschaft werde man darauf bedacht sein, neue Steuerlasten überhaupt zu vermeiden. Wir müssen mit dem auskommen, was wir haben, und die Ausgaben einschränken. Unser festes Ziel muß es sein, mit Steuererleichterungen fortzufahren. (Beifall). Hier soll man bei den Verbrauchsabgaben beginnen, die den notwendigen Konsum belasten. Der Minister erwidert:

die Zudersteuer und die Realsteuern,

nie zur Zeit als die drückendsten gelten. Nicht mehr verschiebbar sind die Maßnahmen zur Vereinfachung des Vollzug der Steuergesetze. Unsere Finanzbeamten sind in einem Maße überlastet, daß schnelle Abhilfe erforderlich ist. Einlage Verein

